

seitigem Vertrauen beseelt seien. Der Klassenkampf kann niemals ein soziales Ziel sein. Die Aussprachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müssen zum Hauptziel Eintracht und Zusammenarbeit haben.

Religiöse Ermahnungen

3. Ein solches Werk können aber nur Menschen durchsetzen, die aus dem Glauben leben und ihre Pflicht im Geiste Christi erfüllen. Die Lösung der sozialen Frage war niemals leicht. Doch die unsäglichen Katastrophen dieses Jahrhunderts haben sie beängstigend erschwert. Die Wiedervereinigung der Klassen, die Bereitschaft zum Opfer und zur gegenseitigen Achtung, die Schlichtheit der Lebensführung, der durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage gebieterisch geforderte Verzicht auf Luxus: dies alles und so viele andere Dinge sind nur erreichbar mit der Hilfe der göttlichen Vorsehung und Gnade. Seid darum Männer des Gebetes! Erhebt eure Hände zu Gott, damit durch seine Erbarmung und trotz aller Widerstände dieses große Werk verwirklicht werde.

Bei dieser Gelegenheit müssen Wir auch mit einigen Worten väterlicher Anerkennung jener Einrichtungen gedenken, die ihr in großer Zahl begründet habt und noch immer neugründet zum Zwecke der Erziehung der jungen Arbeiter, um aus ihnen hervorragende Facharbeiter und gleichzeitig überzeugte Christen zu bilden. Ihr könntet nichts Besseres tun. In der Ausbreitung und Blüte dieses Werkes erkennen Wir ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft.

Man wirft dem christlichen Glauben gern vor, daß er den Sterblichen, der um sein Leben kämpft, mit der Hoffnung auf das Jenseits tröstet. Die Kirche, so sagt man, kann dem Menschen in seinem irdischen Leben nicht helfen. Nichts ist falscher als dies. Es genügt, wenn ihr auf die große Vergangenheit eures geliebten Spanien zurückschaut. Wer

hat mehr als die Kirche dazu beigetragen, daß das Familien- und das gesellschaftliche Leben dort ein glückliches und ungestörtes war? Für die Lösung der gegenwärtigen sozialen Frage aber hat niemand ein Programm aufgestellt, das die Lehre der Kirche überträte an Sicherheit, innerer Stärke und Wirklichkeitsnähe.

Um so mehr ist es ihr Recht, alle zu ermahnen und zu trösten und ihnen in Erinnerung zu rufen, daß der Sinn des irdischen Lebens im Jenseits, im ewigen Leben liegt. Je lebendiger ihr von dieser Wahrheit durchdrungen seid, desto stärker werdet ihr euch gedrängt fühlen, an einer annehmbaren Lösung der sozialen Frage mitzuarbeiten. Es wird immer wahr bleiben, daß das Wertvollste, was die Kirche für dieses Ziel geben kann, ein Mensch ist, der, unerschütterlich gegründet im Glauben an Christus und das ewige Leben, die Aufgaben dieses Lebens erfüllt.

Das war es, was Wir euch sagen wollten.

Ein Wort noch, geliebte spanische Arbeiter, der Anerkennung und des Dankes für die Huldigung an Unsere geringe Person. Und was sollen Wir euch darauf erwidern? Während des ganzen großen Jubiläums, das soeben endete, haben Wir die glühende Liebe des spanischen Volkes für den Papst mit Unseren eigenen Augen gesehen und mit Händen greifen können. Aber ebenso konnten die spanischen Pilger — unter denen Wir Uns an euch, liebe Arbeiter, erinnern, besonders an euch, die ihr bei der Schließung der Heiligen Pforte zugegen wart — die Liebe sehen und erfahren, die der Papst für sie hegt. „Spanien für den Papst!“, war ihr leidenschaftlicher und spontan hervorbrechender Ruf, auf den Wir mit väterlicher Liebe antworteten: „Und der Papst für Spanien!“

Gott gebe euch seinen Segen, geliebte Söhne, er segne gleicherweise euer Vaterland und seine Lenker, wie Wir aus der Überfülle Unserer väterlichen Liebe euch allen den Segen erteilen.“

Die Kirche in den Ländern

Ein wichtiges Ereignis in den polnisch verwalteten Ostgebieten

Im letzten Heft meldete die Herder-Korrespondenz (S. 243), daß die polnische Regierung die Apostolischen Administratoren von Breslau, Oppeln, Landsberg a. d. W., Danzig und Ermland (Allenstein) abgesetzt und aus ihrem Territorium ausgewiesen hat. Sie setzte an die Stelle dieser Administratoren staatliche Bistumsverweser. Jetzt gab die schweizerische katholische Nachrichtenagentur Kipa bekannt, daß der Primas von Polen diesen Geistlichen nachträglich die kirchliche Jurisdiktion verliehen hat.

Der Erzbischof von Gnesen und Warschau war, wie es in der Meldung heißt, zu dieser Entscheidung ermächtigt auf Grund der Vollmachten, die der Heilige Stuhl dem Primas von Polen im Jahre 1945 zwecks Wiederherstellung der Seelsorge in jenen Gebieten übertragen hat. Diese Vollmachten gingen sehr weit. Kardinal Hlond veranlaßte auf Grund dieser Vollmachten im Jahre 1945 den Bischof

von Ermland, Maximilian Kaller, im Gehorsam gegen den Heiligen Stuhl seine bischöflichen Rechte an den Kardinal zu übergeben und seine Diözese zu verlassen. Der Kardinal beugte sich damit dem Zwang der politischen Verhältnisse. Sein Nachfolger hat nunmehr das gleiche getan, und diesmal trifft das Schicksal die damals von Kardinal Hlond eingesetzten polnischen Prälaten.

Die kirchenrechtliche Seite

Die Entscheidungen von 1945 und 1951 sind keine Vorgänge, die in der Kirchengeschichte unerhört wären. Im kanonischen Recht wird zum Ausdruck gebracht, daß jedes kirchliche Amt so besetzt werden muß, wie es der Seelsorge am dienlichsten ist. Deshalb kann auch der an und für sich unabsetzbare Inhaber eines kirchlichen Benefiziums, ein residierender Bischof oder ein Pfarrer, seines Amtes enthoben oder von der Ausübung dieses Amtes suspendiert werden, wenn dringende Gründe der Seelsorge dies notwendig machen. Erst recht lag es im Rahmen des Kirchenrechtes, daß die bisherigen Administra-

toren aus ihrer provisorischen Stellung abberufen wurden. Da die Kirche gezwungen ist, auf die politischen Gewalten Rücksicht zu nehmen, kann sie in Personalfragen nachgeben, wenn dadurch der Seelsorge gedient wird, und sie hat es oft getan, nicht nur im ganzen Mittelalter, sondern auch in neuerer Zeit. Man erinnere sich daran, daß am Ende des preußischen Kulturkampfes auf Initiative der preußischen Regierung der Kölner Kardinal Melchers durch Bischof Krementz von Ermland ersetzt wurde.

Im Interesse der kirchlichen Einheit

Nachdem die vom Staate bestimmten neuen Bistumsverweser die kirchliche Jurisdiktion erhalten haben, spielt es keine Rolle mehr, daß sie vom Staate ausgewählt wurden. Sie sind rechtsgültig zu Inhabern der bischöflichen Gewalt geworden. Es ist daher nur konsequent, daß Erzbischof Wyszynski die Gläubigen jener Gebiete ermahnt hat, den neuen Oberhirten mit Vertrauen entgegenzukommen. Dennoch ist die Entscheidung des Primas von Polen einer der wichtigsten Vorgänge in der Kirchengeschichte unserer Tage. Der Vertreter des Papstes hat nicht nur einen personellen Vorschlag, eine Präsentation des Staates angenommen, sondern er hat ein *fait accompli*, eine Usurpation kirchlicher Rechte oder doch den Versuch einer solchen so rechtzeitig sanktioniert, daß jeder Verwirrung der kirchlichen Verhältnisse vorgebeugt wurde. Der Erzbischof hat durch seine Entscheidung einer Spaltung des Klerus und der Gläubigen oder doch jenen Gewissensnöten zuvorkommen wollen, in die die tschechoslowakischen Katholiken geraten sind (vgl. die Meldung S. 293 f.). Er hat es vermieden, aus einer Sache, bei der es sich um das Prestige und ein freilich sehr wichtiges Recht der Kirche, nicht aber um die Wahrheit des Evangeliums oder die Erfüllung der kirchlichen Sendung handelte, einen *casus belli* zu machen. So bewahrte er die geschlossene Phalanx der Gläubigen vor der Zersplitterung durch einen Kampf, dessen Notwendigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben war und auch dem letzten gläubigen Katholiken einleuchten mußte. Er schonte die Kräfte für eine kommende noch wichtigere Auseinandersetzung. Er gab zugleich den neuernannten, sicherlich in eine Zwangslage versetzten Bistumsverwesern die Möglichkeit, vielleicht sogar den Impuls, in ihrem neuen Amt der Kirche aufrecht zu dienen.

Die Frage der Anpassung an den totalen Staat

Vielleicht beschreitet die Kirche mit diesem wohlherwogenen Schritt die Bahn zur Anpassung ihrer Institution an die Gegebenheiten des möglicherweise kommenden totalitären Zeitalters. Wir haben uns daran gewöhnt, die Freiheit der Kirche im freien Staat als eine wesentliche, notwendige und infolgedessen unverzichtbare Bedingung für die Erfüllung ihres göttlichen Auftrages anzusehen. In Wirklichkeit ist aber diese Freiheit erst eine Errungenschaft der modernen Demokratie (die Herder-Korrespondenz hat zu diesem Thema bereits eine Reihe von Beiträgen veröffentlicht). Es ist noch gar nicht so lange her, daß man eine Stabilisierung des Verhältnisses der Kirche zum Staat auf der Grundlage dieser Freiheit, also der freundschaftlichen Trennung beider Gewalten, mit Argwohn betrachtete und der *potestas indirecta* einen vollkommeneren Ausdruck zu verleihen suchte, als sie ihn findet, wenn Kirche und Staat getrennt sind. Doch waren

wir auf dem Wege, uns damit abzufinden, daß das Zeitalter des konfessionellen Staates zu Ende geht und daß es unserer Zeit entspricht, eine Form des Nebeneinander zu suchen, wie sie sich in den Vereinigten Staaten bewährt hat. Ehe wir aber noch dahin gelangt sind, hat die Geschichte der Demokratie und mit ihr die Geschichte der menschlichen Freiheit den Höhepunkt überschritten. Die Kirche in Osteuropa mußte das zuerst an sich erfahren, und sie sucht jetzt in Polen nach Mitteln und Wegen, auch im totalen Staat und in der vom Staate aufgesogenen Gesellschaft ihre Sendung zu erfüllen. Sie weicht der Gewalt und verzichtet in einem Grade auf ihre Bewegungs- und auf ihre Verfassungsfreiheit, daß wir den Atem anhalten. Aber letztlich geht es nicht um die Freiheit der Kirche und um das Kirchenrecht, sondern darum, daß die Kirche im Vertrauen auf den Beistand Gottes auch dann noch das Mögliche tut, wenn sie unfrei geworden ist.

Kirche und Kommunismus

Wir sind alle davon überzeugt, daß die totalitäre Ära, wenn sie im Zeichen des Kommunismus über uns kommen sollte, eine Zeit der Verfolgung sein würde, wenigstens im Anfang. Diese Verfolgung würde sich anderer Methoden bedienen als jede vorhergegangene. Es scheint uns, daß es Methoden sind, die nicht allein der menschliche Verstand so klug ersonnen hat. Einer solchen Verfolgung zu begegnen, ist im tiefsten allerdings eine Sache des Bekennens, des Martyriums und damit der Gnade. Aber, soweit wir handeln müssen, ist es doch auch eine Sache der Klugheit, die sich der Methode des Gegners anpaßt. Wenn also, wie es zur Zeit geschieht, der Gegner vor allem darauf ausgeht, die Kirche innerlich zu spalten, wundert es uns nicht, daß der Primas von Polen angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei alles tut, um die Einheit zu erhalten. Die polnischen Bischöfe vermeiden jeden Anschein eines unbegründeten Widerstandes. Ein Widerstand um der kirchlichen Freiheit und der kirchlichen Rechte willen hatte solange einen guten Sinn, als die Idee des Rechtes wenigstens dem Schein nach auch vom Gegner respektiert wurde. So war es etwa noch im preußischen Kulturkampf und in gewissem Sinne sogar noch im Dritten Reich. Jetzt ist in den kommunistischen Staaten die Idee des Rechtes durch die Idee der materialistischen Geschichtsentwicklung ersetzt worden. Gegenüber dieser Idee, die nicht mehr das Recht, sondern die tatsächliche soziale Macht allein in Betracht zieht, geht es darum, zu erweisen, daß in der Kirche eine Macht lebendig ist, der der Kommunismus mit seinen Eingriffen auf organisatorischem Gebiet und mit seinen Schikanen gegen die eine und andere Form kirchlichen Lebens keineswegs beikommen wird. Die Kirche kann auf sehr vieles verzichten. Sie kann aus der Öffentlichkeit verschwinden. Sie kann stumm gemacht werden. Man kann sie sogar der Priester berauben. Man muß aber schon jedem einzelnen ihrer Gläubigen das Herz aus dem Leibe reißen, um sie zu vernichten. So wird sich die polnische Regierung nach etwas Neuem umsehen müssen, wenn sie nicht vorzieht, einzusehen, daß die Kirche in ihrem Herrschaftsbereich wirklich keine sozialreaktionäre Macht sein möchte, sondern nur und allein als ein „Reich von jener Welt“ dasein will. Warum sollten nicht auch kommunistische Regenten eines Tages zu der Einsicht kommen, daß ihre Idee, die am Schreibtisch eines einsamen Denkers in London entstand, bei ihrer Verwirklichung mit Gegeben-

heiten zu rechnen hat, die jener Denker falsch einschätzte? Hat das römische Imperium sich schließlich davon überzeugt, dann wird vielleicht auch der Kommunismus einsehen, daß man Religion mit staatlichen Zwangsmitteln ebensowenig einführen wie ausrotten kann.

Erzbischof Wyszynski hat es für richtig gehalten, seiner Regierung mehrere Beweise der Loyalität zu geben, die den Zweck haben, die Kommunisten davon zu überzeugen, daß es auch ein Nebeneinander von totalem Staat, kommunistischer Gesellschaft und katholischer Kirche geben kann, wenn man die Welt mit realistischen Augen ansieht statt durch die Brille einer Doktrin. Wahrscheinlich werden die derzeitigen Machthaber in ihrem Fanatismus für die Doktrin davon nicht zu überzeugen sein, und es wird noch langer Kämpfe und für die Gläubigen vieler Leiden bedürfen, bis auch der Kommunismus sich aus einem sozialen Idol zu einer Gesellschafts„ordnung“ gewandelt haben wird.

Die Auffassung der polnischen Katholiken

Was von christlicher Seite dazu beigetragen werden kann, formulierten in einem namentlich gezeichneten Aufsatz in der polnischen katholischen Wochenschrift „Tygodnik Powszedni“, die dem Kardinal in Krakau nahesteht, zwei der Schriftleiter dieses Blattes als ihre persönliche Ansicht in folgenden Sätzen:

„Wir sind keine Marxisten. Darum dürfen und können wir keine Verantwortung für die Verwirklichung sozialistischer Ideale übernehmen. Aber wir haben die heilige Pflicht, für das christliche Lebensideal zu kämpfen. An diese Pflicht sind wir unwiderruflich gebunden, in jedem Stadium, auf jedem Gebiet, für jeden Augenblick unseres Lebens. In diesem Kampf für unsern Glauben, unsere Moral, unsere christliche Erziehung, für die Freiheit, nach der Wahrheit zu streben, kann es kein Verzicht geben, keinen Kompromiß, keine Synthese. Ruhig und voller Vertrauen bereiten wir uns vor und sind bereit, jeden Kampf auf kultureller Ebene zu bestehen.

Das heißt aber nicht, daß Katholiken sich gegen den kommunistischen Staat verschwören oder irgendwie versuchen dürften, um ihrer kulturellen Verteidigung willen die Festigkeit dieses Staates zu untergraben.

Wir sind alle für Mäßigung. Wir haben den Wunsch, die bestehenden Spannungen zu mildern, nicht, sie zu vermehren. Auch unter der Volksdemokratie bleibt Polen unser Vaterland, und die Wohlfahrt und Sicherheit unseres Landes ist gemeinsames Anliegen aller Polen.“

Der polnische Episkopat hat schon mit dem Abkommen vom vorigen Jahre (vgl. unsern Kommentar 4. Jhg. S. 412) in diesem Sinne gehandelt. Man darf vermuten, daß er sich dabei von der Überlegung leiten ließ, der polnische Katholizismus sei so stark und so tief begründet, daß er diese diskrete Haltung gegenüber dem Kommunismus verkraften kann, wie es auch Friedrich Funder in seinem Aufsatz im NCWC-News-Service (26. 2. 51) annimmt. Wir hoffen und vertrauen darauf. In der Schweiz und den angelsächsischen Ländern, deren Völker den totalen Staat bisher noch nicht kennen, wird den Polen vorgehalten, welche Gefahren aus der „Nachgiebigkeit gegen den Staat“ entstehen können. „Die rebellischen Priester mögen sich sagen, daß ihre unloyale Tätigkeit nicht bestraft wird. Die neuen Generalvikare von Staates Gnaden werden es zudem wohl nicht so leicht auf einen Widerstand gegen

das kommunistische Regime ankommen lassen“ (Kipa). Nun, abgesehen davon, daß es sich nicht mehr um Generalvikare von Staates Gnaden handelt, sondern um Ordinarien der katholischen Kirche, hat der Widerstand gegen den Staat in Bern ein anderes Gesicht als in Warschau.

Niemand verkennt, wohin die polnische Regierung zielt. Sie hat den neuen Bistumsverwesern den Rat gegeben, ihre Diözese von reaktionären Pfarrern zu säubern. Sie hat gleichzeitig den Pfarrern dieser Territorien eine Steuererleichterung bis zu 75% angeboten, wenn sie sich im Dienste der Demokratie betätigen. Sie hat dafür von einigen Kleruskonferenzen in den umstrittenen Gebieten freundliche Zusicherungen erhalten. Eine Versammlung von Geistlichen in Oliva faßte die Entschließung, „daß das Vorgehen der Regierung in den Westgebieten mit dem kanonischen Recht übereinstimmt und auch den Wünschen der Bevölkerung entspricht“. Dies alles ist nicht entscheidend. Es ist auch kein entscheidendes Argument, wenn westliche Stimmen darauf hinweisen, in wievielen Fällen die Regierung das vorjährige Abkommen gebrochen hat. Sie hat z. B. die Militärseelsorge unterbunden, sie hat den Religionsunterricht schikanisiert, sie hetzt gegen den Vatikan, sie greift durch ihre Maßnahmen in den Westgebieten die in jenem Abkommen anerkannte geistliche Hoheit des Heiligen Stuhles an. Dies alles ist richtig. Aber die polnischen Bischöfe scheinen zu wissen, daß es sich bei alledem um jenes psalmistische „Toben“ handelt, von dem geschrieben steht: „Dominus subsannabit eos“ und dem wir Christen nur Einfalt und Klugheit entgegensetzen können.

Die Lage der Kirche in China

Das Dunkel, das über China — „hinter dem Bambusvorhang“ — für unsere Augen liegt, ist immer noch das gleiche. Wir glauben, eine Veränderung wahrzunehmen, können uns aber kein deutliches Bild davon machen, wie sie aussieht und was sie bedeutet. Woher stammen überhaupt die Nachrichten? Rotchina gibt sich in seiner Presse kund, der gegenüber aber die gleichen Bedenken bestehen wie gegenüber allen Selbstaussagen totalitärer Staaten: sie zeichnen das, was sie zu sein vorgeben wollen, und viele Züge dieses Bildes erschrecken uns. Ob sie aber überhaupt der Wahrheit entsprechen, ob wir sie richtig deuten, wo wir uns eine Deutung zugetrauen, können wir kaum kontrollieren. Wir erhalten auch Nachrichten von der „anderen Seite“, der nichtkommunistischen Seite. Welchen Weg nehmen aber diese? Sind sie zuverlässig? Und wenn ja, gehen sie von Stellen aus, die einen Überblick über die gesamte Lage haben und somit imstande sind, die ihnen bekannten Tatsachen richtig einzuordnen?

Verschärfung der ideologischen Linie

Eine Verschärfung der „ideologischen Linie“ ist wohl zweifellos festzustellen, wie wir schon im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz (S. 274 ff.) dargelegt haben. „Témoignage Chrétien“, die französische Wochenschrift, hat, wie schon früher, auch Anfang Februar (9. 2. 1951) wieder den Standpunkt vertreten, daß es sich dabei um die Konkurrenz zweier Strömungen im chinesischen Kommunismus handle, einer gemäßigeren, deren Führer Mao